

## **Antrag A17**

**Antragssteller\*innen:** LAG Mobilität und Verkehr, Dennis Egginger-Gonzales (Delegierter SteZe), Denis Petri (Mitglied des LaVo), Martin Haase-Thomas (T-S), Katalin Gennburg (Mda, T-K), Walter Van hove (Delegierter F-K), Brunhilde Van hove (Delegierte F-K), Michael Efler (Delegierter LAG Klimagerechtigkeit), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Charlottenburg-Wilmersdorf), Stefan Böhme (Delegierter Mitte), Ferat Kocak (Mda, Neukölln), Niklas Schenker (Mda, Mitglied des LaVo), Jörg Simon, Christoph Hey (Pankow), LAG Klimagerechtigkeit, Landessprecher\*innenrat der Linksjugend [solid] Berlin, Stephan Truninger (Delegierter BV Charlottenburg-Wilmersdorf), BV Charlottenburg-Wilmersdorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

### **1 Verkehrswende fortsetzen: ÖPNV-Ausbau, Radwege, Kiezblocks und 2 Verkehrsberuhigung statt autogerechter Stadt, U-Bahn-Wahn und 3 Magnetschwebbahnträume**

4

5 Die Linke Berlin setzt sich für die Fortsetzung der Verkehrswende und der Umverteilung des  
6 öffentlichen Raums zugunsten des Umweltverbunds ein. Den Kürzungen und Verzögerungen des  
7 Schwarz-Roten Senats erteilen wir eine Absage und verfolgen das Ziel, den Anteil des  
8 Umweltverbunds am Verkehrsgeschehen bis 2030 auf mindestens 86 Prozent zu steigern.

9

10 Wir lehnen die zügellose Planung neuer U-Bahn-Strecken ab. Neue U-Bahnen sind im Vergleich zu  
11 neuen Tramstrecken zehnmal langsamer in der Errichtung, zehnmal teurer und zehnmal  
12 umweltschädlicher. Diese Untergrundpläne von CDU und SPD sollen verschleiern, dass der Senat  
13 die Verkehrswende begraben will.

14

15 Für Die Linke Berlin haben aus klima- und verkehrspolitischer Sicht die Verbesserung des  
16 Verkehrsangebots sowie der Ausbau von Eisenbahn, Straßenbahn, Radwegen und Kiezblocks  
17 Vorrang vor neuen Straßen wie der A100, neuen U-Bahnlinien wie der U7 zum BER oder der U10  
18 sowie den Technologieträumen aus den 1970er Jahren wie einer Magnetschwebbahn. Wir  
19 verurteilen, dass für letzteres Geld und Personal verschwendet wird, während die grundlegenden  
20 und bewährten Mobilitätsformen des Umweltverbunds finanziell ausgetrocknet und aus  
21 ideologischen Gründen blockiert werden.

22

23 Begründung:

24

25 Der Schwarz-Rote Senat hat wenige Wochen nach Amtsantritt den Radwegeausbau weitgehend  
26 gestoppt und Tramlinien zur Disposition gestellt. Er verkündete, viele U-Bahnlinien verlängern  
27 oder gar neu bauen zu wollen und beauftragte eine Machbarkeitsstudie für eine  
28 Magnetschwebbahn. Während die Finanzierung von Kiezblocks und die Verbesserung der  
29 Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum vermutlich den Kürzungen im Zuge der Auflösung  
30 pauschaler Minderausgaben gekürzt oder eingestellt werden wird, werden Dutzende Millionen  
31 Euro für blinkende Anzeigen für Fußgänger\*innenampeln verschleudert, die weder für die  
32 Verkehrssicherheit noch für die Verbesserung der Querungsmöglichkeit irgendeinen Mehrwert  
33 bringen. Die Verkehrspolitik von Schwarz-Rot erschöpft sich weitgehend in Ideologie und  
34 Symbolpolitik, die vor allem eines zeigt: Keine Ahnung, kein Plan, keine Ambition – und zwar mit  
35 voller Absicht.

36 Die Linke Berlin steht weiterhin für eine bezahlbare und zuverlässige Mobilität für alle. Wir haben  
37 in der letzten Koalition dafür gesorgt, dass eine Konzentration der Mittel für den Ausbau der  
38 Schieneninfrastruktur auf die bewährten Systeme Straßenbahn, S-Bahn und Regionalbahn gelegt  
39 wird, dass der Ausbau der Radwege vorankommt und im Haushalt Mittel für Kiezblocks und die  
40 Verbesserung der Aufenthaltsmöglichkeiten im öffentlichen Raum bereitgestellt werden. Diese  
41 Politik setzen wir fort und machen uns stark für die Beibehaltung und den Ausbau günstiger oder  
42 kostenloser Tickets für Menschen mit geringem Einkommen sowie für ein kostenlos nutzbares  
43 öffentliches Leihfahrradsystem.

44 Gute Mobilitätspolitik ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Denjenigen, die auf den  
45 öffentlichen Verkehr, auf das Fahrrad und das Gehen angewiesen sind, weil sie sich kein Auto  
46 leisten können oder wollen oder weil sie zu jung, zu alt, zu krank oder anderweitig daran  
47 gehindert sind, überhaupt Autofahren zu können, müssen gezielt günstige, komfortable und  
48 zuverlässige Verkehrsmittel bereitgestellt werden und zwar zügig und nicht als bloßes  
49 Versprechen in einer fernen Zukunft. Viele Menschen mit geringem Einkommen, wohnen zudem  
50 in Gebieten, die stark durch Lärm und Abgase aus dem Autoverkehr belastet sind – sie besser zu  
51 schützen und die Umweltgerechtigkeit zu stärken, ist eine wichtige Aufgabe der Partei Die Linke.